

Auszüge aus dem Vortrag des Bundesbankpräsidenten Ernst Welteke

auf einer Veranstaltung der Stiftung für Ordnungspolitik e.V.

zum Thema:

„Renaissance der Ordnungspolitik“

Der Präsident der Deutschen Bundesbank, Ernst Welteke, sprach heute auf einer Veranstaltung der Stiftung für Ordnungspolitik in Freiburg.

Aus ordnungspolitischer Sicht, die „wieder salonfähig geworden“ sei, bezeichnete er es als „die zentrale Aufgabe des Staates, die Wirtschaftsverfassung zu gestalten.“

Dazu stellte er fest: „Die am Vorbild Bundesbank orientierte europäische **Währungsverfassung** hat sich bewährt“ und merkte mit Bezug auf den Entwurf des Konvents für eine europäische Verfassung an: „Auf allen politischen Ebenen besteht ein großer **Konsens, keine materiellen Änderungen am geldpolitischen Rahmenwerk vorzunehmen.**“ Er warnte aber: „Die Vorschläge des Konvents sprechen eine andere Sprache. Die EZB soll als Organ der EU eingeordnet werden. (...) Die glaubwürdige Unabhängigkeit der Geldpolitik beruht aber gerade auf der institutionellen Konstruktion des ESZB als Einrichtung eigener Art.“

Er betonte: „Die Unabhängigkeit des gesamten ESZB muss abgesichert werden, die Stabilitätsverpflichtung soll für das gesamte System erhalten bleiben. (...) **Der Maastrichter Vertrag muss über die Konventsberatungen hinaus bestandsfest bleiben.**“

Mit Blick auf die Ziele der EU gab er zu bedenken: „Ebenso kritisch sehe ich, dass zwar Wirtschaftswachstum als verfassungsrechtlich verankertes politisches Ziel der EU formuliert wurde, nicht aber Stabilität. Aus stabilitätspolitischer Sicht kann **nur inflationsfreies Wirtschaftswachstum ein Politikziel** werden.“

In der „lupenreinen ordnungspolitischen Debatte“ über die **internationale Finanzarchitektur** wird die Renaissance der Ordnungspolitik für Welteke besonders deutlich: **„Das Rahmenwerk ist entscheidend.** (...) Internationale Finanzstabilität wird durch die richtige **Anreizstruktur** viel leichter und zu viel geringeren Kosten erreicht als durch direkte staatliche Eingriffe. Die interventionistische Politik großer IWF-Finanzierungspakete für in Schwierigkeiten geratene Schwellenländer ist unangemessen. Der IWF muss sich deshalb wieder auf seine Rolle als monetäre Institution beschränken.“

Mit Blick auf die deutsche Reformdebatte warb er – wie es die Bundesbank bereits im März in ihrem Papier „Wege aus der Krise“ tat – abermals für eine klare Orientierung am ordnungspolitischen Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft: „Auf Basis dieser Grundorientierung gilt es, mit konkreten Reformschritten verlässliche (...) Rahmenbedingungen zu schaffen.“ Deswegen monierte er das „wiederholte Jonglieren mit den (Steuer)Reformstufen“, das „nicht nur der berechtigten Forderung nach einer Konstanz der Wirtschaftspolitik“ widerspreche, sondern auch „konjunkturpolitisch fragwürdig“ sei. Hingegen unterstützte er die geplante Liberalisierung der Handwerksordnung, weil sie den „Marktzugang (...) erleichtert, so dass ein echter Leistungswettbewerb stattfinden kann“.

Grundsätzlich gab Welteke zu bedenken: „Eine marktwirtschaftliche Ordnung ist stets bedroht. (...) Damit Marktwirtschaft funktioniert, braucht es eine Vielzahl **ökonomisch souveräner Verbraucher, Arbeiter und Unternehmer.**“ Deswegen forderte er: „Es muss selbstverständlich werden, dass alle, die einen Schulabschluss machen, auch die wirtschaftlichen Grundlagen ihres Lebens beherrschen.“

Welteke resümierte: **„Ordnungspolitik ist kostenlos, aber Ordnungspolitik ist nie umsonst.** (...) Ein günstiges Wirtschaftsklima schafft man nicht mit schnellen Lösungen für eine Vielzahl von Einzelproblemen, sondern mit einem wohldurchdachten Rahmenwerk.“

* * *